



Drucken

## Wohlfahrtsverbände legen Forderungskatalog vor

Düsseldorf (epd). Die Wohlfahrtsverbände in NRW haben 19 Tage vor der Landtagswahl einen umfangreichen Forderungskatalog vorgelegt. Danach treten sie unter anderem für landeseinheitliche Elternbeiträge für die Kindergärten und ein kostengünstiges Mittagessen in Kitas und Ganztagschulen ein, wie der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in NRW (LAG FW), Andreas Meiwes, am Dienstag in Düsseldorf sagte.

Um den Wählern ihre Entscheidung zu erleichtern, hatte die Landesarbeitsgemeinschaft den großen Parteien 40 sozialpolitische Fragen vorgelegt. Die Antworten sind samt der Kommentare der LAG im Internet unter [www.nrw-bleib-sozial.de](http://www.nrw-bleib-sozial.de) abrufbar. Die Sozialpolitik sei wahlentscheidend, sagte Meiwes. Trotzdem würden die Wohlfahrtsverbände keine Wahlempfehlung aussprechen, betonte der Caritasdirektor im Bistum Essen.

Die Antworten von CDU, SPD, FDP, Grüne und Linke enthielten gute Ansätze, aber auch "vage Vorstellungen". Insgesamt lägen die Position der Grünen und der Linken näher bei den Forderungen der Freien Wohlfahrtspflege. Aber es sei wohl ein Naturgesetz, dass die Opposition sich weniger um die Finanzierung kümmere als das Regierungslager. Die Antworten der Linken seien "plakativ und oberflächlich", Finanzfragen würden gar nicht berücksichtigt, kritisierte der LAG-Vorsitzende.

Zu dem Forderungskatalog der Sozialverbände gehören unter anderem landeseinheitliche Elternbeiträge für die Kindergärten. Nur so könne Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit erreicht werden, sagte Meiwes. Seit 2006 entscheiden die Kommunen selbst über die Höhe der Beiträge, was landesweit zu einem starken Beitragsgefälle geführt hat.

Außerdem sprechen sich die Verbände für ein kostengünstiges Mittagessen in Kindergärten und Ganztagschulen aus. Ab dem zweiten Kind und für Hartz IV-Familien sollen für das Essen keine Kosten anfallen.

Weiteren Handlungsbedarf sehen die nordrhein-westfälischen Wohlfahrtsverbände bei der Beratung von Arbeitslosen, der Finanzierung der Frauenhäuser und der Förderung von Langzeit-Arbeitslosen. Auch müsse dem Fachkräftemangel im Pflegebereich durch attraktivere Pflegeberufe entgegengewirkt werden.

Der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in NRW gehören 17 Spitzenverbände von AWO, Caritas, Deutschem Roten Kreuz, Diakonie, den Jüdischen Gemeinden und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband an.

Internet: [www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de](http://www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de); [www.nrw-bleib-sozial.de](http://www.nrw-bleib-sozial.de)

epd-West ros fri

© epd Hinweis zum Urheberrecht

.....

Evangelischer Pressedienst, Kaiserswerther Straße 450, 40474 Düsseldorf, [duesseldorf@epd.de](mailto:duesseldorf@epd.de)